

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.04.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Nowotny	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertreter für Herrn Dr. Brockmann
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Katharina Hintz	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Sven Weise	Freie Träger	
Herr Norbert Böhnke	Verw	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	Vertreten durch Herrn Dr. Fikentscher
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Anja Hunger	SKE	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	

Gäste

ARGE SGB II Halle GmbH

Frau Dr. Christine Radig, Geschäftsführerin
Frau Heike Schmied

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.3.2009
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II
Vorlage: IV/2009/07842
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Familienberichterstattung - Erster Teilbericht: Kinderarmut
- 7.2. Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009
Vorlage: IV/2009/07924
- 7.3. Bericht zum Stand SGB II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, die nachgesandte Vorlage IV/2009/07923 „Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II“ als Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung zu setzen in Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Vorlage IV/2009/07842) zu diesem Thema.

Außerdem bittet sie den TOP 4.1. unter dem TOP 7 – Mitteilungen zu behandeln, da es sich hier um eine Informationsvorlage handelt.

Frau Wolff findet in der Vorlage zum Konjunkturprogramm keine sozialen Projekte und verweist darauf, dass diese Vorlage auch in anderen Gremien behandelt wird.

Herr Kogge stimmt dem zu, hier sind wirklich wenige Punkte für den SGGA relevant.

Herr Häder stellt den Antrag, den SGGÄ für nicht zuständig zu erklären und in diesem Zusammenhang auch den TOP 5.1. von der Tagesordnung zu streichen.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung.

Alle Ausschussmitglieder stimmen zu, den TOP 5.1. von der Tagesordnung zu streichen und die BV IV/2009/07923 nicht auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.3.2009

Frau Wolff bittet zu TOP 7.2. um folgende Ergänzung anschließend an den 3. Absatz:

Frau Wolff fragt, ob die Stadt Halle dies auch tun will.

Die Niederschrift vom 19.3.2009 wird mit diesem Zusatz bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten **zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum** **Konjunkturprogramm II** **Vorlage: IV/2009/07842**

Der TOP wurde von der Tagesordnung gestrichen (siehe TOP 2).

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

keine

zu 7 Mitteilungen

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass morgen die Einladung für die Sitzung des Ausschusses am 6. Mai 2009 versandt wird. Der auf der Tagesordnung stehende Migrationsatlas wird nachgesendet, da er erst noch in der Beigeordnetenkonferenz behandelt wird.

zu 7.1 Familienberichterstattung - Erster Teilbericht: Kinderarmut

Herr Kogge gibt einleitende Worte zum Teilbericht Kinderarmut. Er hebt hervor, dass ein Bericht gefertigt werden sollte, der vor allem die Frage beantwortet, wie es eigentlich ist, arm zu sein. Es geht um relative Armut, nicht generell um die materielle Situation. Es ist aufgezeigt, wie Armut aussieht, hierzu sind konkrete Beispiele aufgeführt. Hier ist erkennbar wie es nach Augustin ist, wenn man von der Hand in den Mund lebt. Die Bekämpfung der Armut ist eine politische Aufgabe und weniger eine Frage einzelner Programme.

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Weiske das Wort.

Herr Weiske verweist auf die verschiedenen Veröffentlichungen zum Thema Armut und zur Kinderarmut. Die Situation der Stadt Halle ist im Bericht dargestellt wie sie ist, nicht nur die materielle Armut. Armut ist sehr facettenreich und nicht so einfach messbar. Herr Weiske hebt hervor, dass Kinder, die in Armut leben, in der Gesellschaft viel schlechtere Startchancen haben. Der beste Weg Armut zu durchbrechen ist vor allem durch bessere Bildung gegeben. Zu verbessern sind auch bestehende Kommunikationsstrukturen, z. B. mit

Behörden. Als Beispiel wird auf die Möbelbörsen verwiesen, die dringend auf Kontinuität von Arbeitsgelegenheiten angewiesen sind, um ihre Arbeit aufrecht zu erhalten, sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsstellen. Es wird ein konkretes Maßnahmenbündel vorgeschlagen. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit ist ein wichtiges Ziel. Die Kinder sollten z. B. auch Zugang zu Sportvereinen usw. haben.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Weiske für seine Ausführungen. Sie sagt, dass die Probleme sehr offensichtlich sind. Ausgangspunkt ist die materielle Armut. Die Schwerpunkte in der Silberhöhe und in Neustadt wurden gut hervorgehoben. Kommunikation und Kooperation sind Dinge, an denen gearbeitet werden muss. Die Ausschussvorsitzende bittet den Arbeitskreis Armut weiter auszubauen. Die Grundlage zur Bekämpfung der Armut ist mit diesem Bericht geschaffen worden, jedoch wünscht sie sich konkretere Positionierungen der Verantwortung.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum Fragen zu stellen.

Frau Wolff findet den Bericht gut und gelungen. Zwischen einkommensschwach und bildungsschwach gibt es Unterschiede. Ihr fehlen die Abgrenzungen in den Stadtteilen. Sie fragt nach der Kommunikationsschwäche in den Beratungsstellen. Mit dem neuen Quartiersmanagement sollte dies verbessert werden. Sie vermisst auch eine Kleiderkammer in der Innenstadt. Die Anzahl der Jugendlichen U 25 hat sich von 2003 zu 2009 nicht verändert? Wo liegen die Ursachen?

Herr Weiske erläutert, dass der Ausbildungsmarkt in den vergangenen Jahren sehr angespannt war. Mittelfristig ist ein Fachkräftemangel zu erwarten. Die kommende Generation wird rein zahlenmäßig die ausscheidende Generation nicht ersetzen können. Darüber hinaus fehlt bei vielen die von der Wirtschaft geforderte Ausbildungsreife.

Die Ausschussvorsitzende führt an, dass Frau Schmied von der ARGE heute zu Gast sei und zu diesem Thema später noch Informationen geben kann.

Frau Wolff fragt nach der angeführten Informationskampagne. Wenn die Eltern nicht mitziehen, ist dies ein großes Problem. Wie werden Eltern in die Verantwortung genommen?

Herr Häder fragt, an wen der Handlungsbedarf und das Maßnahmenkonzept gerichtet sind.

Frau Hanna Haupt ist unklar, dass nur 50 % aller Halle-Pass-Anspruchsberechtigten diesen auch beantragen. Sie fragt, warum im Paulusviertel die Kinder nicht geimpft werden. Die Bildung muss auch angenommen werden. Wie bringen wir die Bildung an die Menschen.

Frau Runde fragt nach Möglichkeiten, die Zusammenarbeit der Schulbehörde mit den Sozialbehörden zu intensivieren. Kann man Eltern zu Pflichtuntersuchungen der Kinder zwingen?

Bildungsmaßnahmen sollten intensiver weitergeführt werden, viele werden abgebrochen.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass die Stadt sich zu freiwilligen Aufgaben bekennen muss. Die prekären Situationen müssen deutlich gemacht werden. Sie bittet Herrn Weise von der LIGA um Informationen zum Arbeitskreis Armut.

Herr Weise informiert, dass die LIGA großes Interesse hat, das soziale Leben mitzugestalten. Er erläutert die Arbeit des Arbeitskreises Armut, der sich als Netzwerk für soziale Problemlagen versteht. Es sollen Lösungswege für sozial Benachteiligte gefunden werden. Zum Bericht selbst sagt er, dass hier eine große Diskussion erwartet wird. Er hebt als Probleme hervor, dass z. B. Anträge auf Sozialleistungen schneller bearbeitet werden

müssen, Gutscheine statt Bargeld kommen direkt den Kindern zugute. Es müssten einmalige Beihilfen für Kinder gezahlt werden und es müsste eine Förderung begabter Kinder geben. Es ist zwingend notwendig, die Schuldnerberatungsstellen aufzustocken, da hier die Arbeit nicht mehr geschafft werden kann.

Herr Dr. Fikentscher fragt, welche Ressourcen nötig sind, um die angesprochenen Maßnahmen zu finanzieren.

Frau Hanna Haupt bittet um Auskunft zu Tabelle 4 auf Seite 18. Herr Weiske antwortet, dass hier alle Kinder aufgezählt sind, nicht nur Halle-Pass-Kinder.

Herr Dr. Bartsch fragt zur kulturellen Armut, welche Bedarfe es gibt.

Herr Kogge sagt, es ist nicht sinnvoll, alle sechs Monate Bericht zu erstatten. Es ist nicht möglich alle halbe Jahre Maßnahmekataloge zu erstellen. Die Qualität statt Quantität der vorhandenen Leistungen müssen verbessert werden. Er bittet darum, nur die Fragen zu klären, die jetzt zu lösen sind. Er führt konkret an, dass viel Geld für Raumfragen ausgegeben wird, nicht für die Lösung der inhaltlichen Aufgaben. Die soziale Landschaft muss an die neuen Verhältnisse angepasst werden. Es wird mehr über- als miteinander geredet. Eine ganze Reihe von Aussagen werden von den Ausschussmitgliedern gefordert, diese werden im nächsten Bericht (Familienberichterstattung – Bildung) enthalten sein. Herr Kogge sagt, es ist ein erster Aufschlag, hier kann nicht alles verantwortet werden.

Wie viel Geld für die Armutsbekämpfung benötigt wird, ist nicht zu klären. Dazu ist das Thema zu komplex. Oft ist es nicht eine Frage von mehr Geld, sondern die Umverteilung der vorhandenen Mittel. Wenn jemand die Hilfeangebote nicht annimmt, kann er nicht „zu seinem Glück“ gezwungen werden. In vielen angesprochenen Fragen und Hinweisen ist die Motivation und Eigenverantwortung der Betroffenen der Schlüssel zur Überwindung der prekären Lebenslagen. Herr Weiske sagt, beispielsweise ist in Deutschland die Bildung kostenfrei.

Herr Häder fragt danach, wann die Empfehlungen, die an die Stadt gerichtet sind, realisiert werden. Herr Kogge erläutert, dass im Bericht erfasst ist, was im Moment möglich ist. Manche Dinge können schnell geregelt werden, manche Maßnahmen bringen nicht sofort den gewünschten Erfolg.

Frau Tomczyk-Radji bittet um Einbeziehung von LOS-Projekten.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Weiske für den Bericht und die Erläuterungen.

zu 7.2 Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009 Vorlage: IV/2009/07924

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und Frau Schmied von der ARGE und erteilt ihnen das Wort.

Frau Dr. Radig gibt einleitende Worte zum vorliegenden Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009. Frau Schmied spricht über die Arbeitsmarktinstrumente, die in diesem Jahr anders sind und mit den Vorjahren nicht vergleichbar sind. Nun ist es möglich, über berufliche Weiterbildung Kunden zum Hauptschulabschluss zu führen. Sie erläutert die Probleme bei der Qualifizierung von Jugendlichen.

Herr Häder fragt nach Schwerpunkten des Programms und wie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise berücksichtigt werden. Frau Schmied antwortet, dass sich während der Ausbildungszeit der Arbeitsmarkt beruhigt haben wird.

Frau Wolff sagt, dass es im Altenpflegebereich freie Stellen zu geben scheint. Wenn U25 ein einjähriges Praktikum machen, erhalten sie dann eventuell einen Ausbildungsplatz? Frau Schmied antwortet, dass die Jugendlichen nicht über die Berufsbilder wissen. Die Integrationsquote liegt bei 60 %. Frau Dr. Radig ergänzt, dass Trägern der Altenpflege, also auch Vereine und Verbände, eher die Möglichkeiten für den 1. Arbeitsmarkt haben.

Herr Dr. Fikentscher ist aufgefallen, dass 20.000 Menschen in die Stadt Halle zum Arbeiten pendeln. Frau Dr. Radig und Frau Schmied führen an, dass es viele Pendler gibt, auch aus der Stadt heraus in die Industriegebiete.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach den passiven Leistungen. Frau Dr. Radig sagt, dass ab Sommer 2008 die Ziele angepasst werden und die passiven Leistungen um 3 % gesenkt werden. Die Ziele sind dieses Jahr deutlich schwerer zu erreichen.

Herr Kogge fragt nach Alternativen, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu senken. Wie wird Erwerbsfähigkeit definiert? Frau Schmied antwortet, dass bei Unklarheiten zur Definition der Erwerbsfähigkeit die Kunden ins SGB II gehen.

zu 7.3 Bericht zum Stand SGB II

Frau Dr. Radig legt dem Protokoll die Statistik für den Monat März bei. Sie informiert über die zurzeit laufenden Verhandlungen zwischen ARGE und Stadt zur Vertragsverlängerung.

Frau Wolff fragt, warum Job-Angebote freier Träger nicht über das Job-Center zugänglich sind. Frau Schmied verweist darauf, dass die Stellenangebote einen verschiedenen Status haben können. Wenn die Träger es nicht wünschen, kann die die Stellenangebote dort nicht finden.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob Möglichkeiten gesehen werden, Familien bevorzugt in Arbeit zu bringen. Frau Schmied sagt, dass dies schwierig sei. Die Arbeitgeber treffen die Auswahl. Vor allem sind keine kleinen Kinder erwünscht.

Herr Kogge teilt die Statistik der Kinder in Halle mit auf eine Anfrage von Herrn Andreas Schmidt. Diese Statistik wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tomczyk-Radji erinnert an den tödlichen Unfall in Halle-Neustadt. In Berlin werden weiße Fahrräder für verkehrstote Radfahrer aufgestellt. Ist dies auch in Halle möglich? Wie lange dauert es, bis das Rettungsfahrzeug vor Ort ist? Wie viele Fahrzeuge gibt es in Halle?

Herr Dr. Yousif fragt, welche Wirkung es hat, wenn der Haushalt vom Landesverwaltungsamt nicht bestätigt ist. Herr Kogge antwortet, dass es natürlich Auswirkungen hat. Die Ablehnung hat zur Folge, dass ein Haushaltskonsolidierungskonzept IV gemacht werden muss. Jede Ausgabe muss überprüft werden.

Frau Wolff kritisiert, dass in der Presse die Absetzung der Kita-Satzung für die Nichtgenehmigung des Haushalts verantwortlich gemacht wird. Herr Kogge teilt mit, dass er die Kita-Satzung erneut in den Stadtrat einbringen wird. Er weist zum wiederholten Male darauf hin, dass Halles Kita-Gebühren weit unter Landesdurchschnitt liegen.

Die Ausschussvorsitzende fragt zum Wohngeld, ob die Erhöhung des Wohngeldes erst ab November gezahlt wird und ob es keine Nachzahlungen gibt? Herr Schneller antwortet mit nein, es gibt verschiedene Zeiträume. Die Erhöhung ab 1.1.09 wird im April/Mai nachgezahlt.

Es wird eine Nachbearbeitung geben für diejenigen, die in der Zeit vom 1.10 – 31.12.08 einen Neuantrag gestellt haben. Diese Nachzahlung kann bis zum Herbst dauern.

zu 9 Anregungen

Frau Wolff fragt, ob man das Quedlinburger Urteil zur Haushaltskonsolidierung, in dem Haushaltskonsolidierungsanforderungen des Landesverwaltungsamtes enthalten sind, irgendwo lesen kann. Herr Kogge wird dieses Urteil suchen und zur Verfügung stellen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.05.09

Kerner, Protokollführerin